



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Die Preise steigen und steigen – alle Löhne und Renten müssen mitsteigen!

In den letzten Monaten sind die Preise so stark gestiegen wie seit vielen Jahren nicht – und das gerade jetzt, wo die Renten und viele Löhne gar nicht erhöht wurden. Wo Millionen Arbeitende durch die Krise sogar weniger Lohn haben. Und nun kommen die gestiegenen Preise noch obendrauf.

Manche Preise sind regelrecht explodiert. Gas, Öl und Sprit sind in nur einem Jahr um 20-40% teurer geworden, ebenso Weizen und andere Nahrungsmittel. Die Preise für Stahl, Kunststoffe oder Holz sind um 100% und mehr gestiegen! Und warum? Weil es eine hohe Nachfrage nach all diesen Produkten gibt, aber ein viel zu geringes Angebot.

Zum Teil ist ihr Mangel so groß, dass er weltweit die Wirtschaft durcheinanderbringt. In Deutschland haben 40% der Fabriken Produktionsstörungen. Teilweise stehen tagelang Maschinen und Bänder still, weil sie keinen Kunststoff, Stahl oder daraus hergestellte Teile bekommen. Die Autoindustrie schickt reihenweise Arbeitende in Kurzarbeit, weil Halbleiter und andere Teile fehlen.

Und permanent steht ein Viertel der Baustellen still, weil sie wochenlang auf die Lieferung von Dämmstoffen warten müssen und selbst so einfache Dinge wie Holz oder Farbe nicht bekommen.

Wie oft haben die Verfechter der kapitalistischen Marktwirtschaft über die Mangelwirtschaft gespottet, die in der DDR im Jahrzehnt vor ihrem Untergang herrschte. Im Jahr 2021 hat diese Marktwirtschaft solche Zustände gleich weltweit geschaffen.

Denn obwohl die Wirtschaft eng verzahnt ist, gibt es keinen gesellschaftlichen Plan, was und wie viel produziert wird. Im Gegenteil, es ist das Prinzip des Kapitalismus, dass jeder Kapitalist ganz allein darüber entscheiden kann – sogar Großkonzerne, deren Entscheidungen massive Auswirkungen auf die Wirtschaft weltweit haben. Und genau das ist schuld an dem heutigen Mangel.

Als sich die Wirtschaft nach dem Stillstand im Frühjahr 2020 erholte, schnellte die Nachfrage nach Rohstoffen wie Stahl, Gas oder Öl wieder in die Höhe. Die marktbeherrschenden Großkonzerne in diesen Branchen jedoch sprachen sich ab und entschieden, die Produktion nur langsam hochzufahren und sie auf einem niedrigeren Niveau als vor der Krise zu halten. So gingen sie keinerlei Risiko ein und konnten obendrein die Preise in die Höhe treiben.

Genauso machen es die Konzerne, die den weltweiten Schifftransport beherrschen. Sie lassen derzeit nur einen Teil ihrer Containerschiffe fahren, sodass es viel zu wenig Transportmöglichkeiten gibt. Wer am meisten bezahlt, dessen Container werden schnell transportiert. Die übrigen müssen warten. Dank dieses künstlich erzeugten Mangels hat sich der Containerpreis verdreifacht. Und weltweit stehen Bänder und Baustellen still, weil Container voller Kabel, Dämmstoffe oder Fahrradspeichen wochenlang in Häfen rumstehen und auf eine Transportmöglichkeit warten.

Hinzu kommen noch die Spekulanten. Die kaufen riesige Mengen an Holz oder Weizen auf und verschlimmern so absichtlich den Mangel, damit die Preise noch weiter steigen und sie mit saftigen Profiten weiterverkaufen können.

Mit diesen parasitären Machenschaften fährt das Großkapital unglaubliche Extraprofite ein. Was schert es sie da, welche Folgen ihr Handeln hat? „Nach mir die Sintflut“ ist das Lebensmotto des Kapitalismus, der dadurch eine Krise nach der anderen erzeugt.

Die Zeche der Mangel-Krise zahlt die arbeitende Bevölkerung. Mit den Lohnverlusten der Kurzarbeit. Mit noch kürzeren Verträgen und mehr Unsicherheit für Arbeitende von Leih- und Subfirmen. Und vor allem mit steigenden Preisen. In armen Ländern führen sie zu dramatischen Situationen, teilweise wie in Nigeria oder Jemen zu Hungersnöten.

Auch Kleinunternehmer, vor allem auf dem Bau, leiden unter dem Mangel und den hohen Preisen. Die großen Industriebetriebe haben genug Wege, um alle Kosten auf andere abzuwälzen. Sie geben die steigenden Preise an ihre Kunden weiter, und so bezahlen am Ende der Kette wir Verbraucher alles. Und ihre Lieferkettenprobleme lösen Daimler und Co. mit Kurzarbeit, die sie sich vollständig aus unserer Arbeitslosenkasse bezahlen lassen – während sie Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten.

Wir Arbeitenden, Rentner*innen und die Allgemeinheit sollen den Preis für den Irrsinn ihrer Weltwirtschaft zahlen, während die Kapitalisten die Champagnerkorken knallen lassen? Es gibt keinen Grund, dies hinzunehmen.

Statt dass die Allgemeinheit bei Lieferketten-Problemen Kurzarbeit bezahlt, sollen die Unternehmen ihren Arbeitenden den Lohn weiterzahlen. Und sollten einige Kleinstbetriebe damit tatsächlich Probleme haben, dann soll sich der Staat das Geld für deren Unterstützung von den Konzernen holen, nicht von uns.

Damit unser Geld nicht unter ihren steigenden Preisen zusammenschmilzt, müssen außerdem alle Löhne, Renten und Sozialhilfen zeitnah mitsteigen – und zwar mindestens so viel, wie die Preise gestiegen sind.

Von keiner der herrschenden Parteien haben wir in dieser Richtung irgendetwas zu erwarten. Im Gegenteil, die diskutieren ja sogar mitten im Wahlkampf, ob man unsere Rente noch weiter verschlechtern solle. Und belasten kurz vor der Wahl unsere Löhne und Renten mit weiteren Abgaben bei den Heizkosten, während sie die Konzerne und Vermieter ein weiteres Mal entlastet haben.

Keine Frage also: Um Maßnahmen gegen die Verschlechterungen unserer Lebensbedingungen durchzusetzen, werden wir mit anderen Mitteln als nur dem Stimmzettel kämpfen müssen.

Das geplante Versammlungsgesetz in NRW ist ein Angriff auf uns alle!

Die NRW-Landesregierung (CDU, FDP) plant ein Gesetz, das es deutlich schwerer machen soll, seine Meinung durch Demonstrationen und Kundgebungen zu äußern. Beinahe wäre dieses Gesetz sang- und klanglos beschlossen worden. Doch durch die Tausenden, die am 26. Juni in Düsseldorf dagegen protestiert haben und durch das brutale Vorgehen der Polizei gegen sie ist nun in der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden, welche empörende Verschlechterung die Landesregierung plant.

Das geplante Gesetz sieht unter anderem vor, dass die Polizei quasi willkürlich Demonstrationen verbieten oder auflösen darf. Dafür reicht bereits, dass die Teilnehmer*innen „uniformiert“ sind, also zum Beispiel bei Streik-Kundgebungen alle in Blau und mit Helm erscheinen oder bei einer Mieten-Demo alle das gleiche T-Shirt mit Vono-via im Fadenkreuz tragen.

Eine Demonstration anzumelden soll ebenfalls erheblich erschwert werden. Unter anderem soll man zukünftig deutlich mehr Ordner stellen und deren Namen sogar vorab der Polizei melden müssen. Nehmen wir einen Betrieb, wo die Arbeiter*innen gegen dessen Schließung demonstrieren wollen. Man kann

sich vorstellen, wie schwer es wird, genug Arbeiter*innen zu finden, die bereit sind, Ordner zu sein, wenn sie Angst haben müssen, dass ihr Name bei der Polizei registriert bleibt oder sie vielleicht sogar für Probleme während der Demonstration haftbar gemacht werden.



Überhaupt sind Ordner eigentlich keine unbezahlten Hilfs-Sherifs der Polizei. Ihre Anzahl und ihre Namen gehen diese gar nichts an. Im Gegenteil, in der Arbeiterbewegung entstanden dienen sie dazu, dass die Demonstranten ihre Demonstrationen selber schützen, zum Beispiel gegen rechtsextreme Übergriffe... oder auch gegen Willkür seitens der Polizei.

Diese Willkür erlebten auch diejenigen, die am 26. Juni gegen das neue Versammlungsgesetz demonstrieren. Ganz

verschiedene Gruppen, von Gewerkschaften und linken Organisationen über Fußballfanclubs bis hin zu Umweltaktivisten, demonstrieren friedlich... bis die Polizei auf einmal auf Demonstranten losstürmt und Transparente zerriss, Demonstranten und auch Journalisten mit Fußtritten, Schlagstöcken und Pfefferspray verletzte und 300 Menschen einkeiselte, unter ihnen viele Minderjährige, denen sie den Zugang zu Toiletten und lange Zeit sogar Trinkwasser verwehrte.

Die Arbeiterbewegung hat sich das Recht, sich frei versammeln und demonstrieren zu dürfen, in der Vergangenheit hart erkämpft. Denn für die Arbeitenden und alle Unterdrückten ist es ein wichtiges Mittel, wenn sie gegen die Herrschenden und für ihre Interessen kämpfen wollen.

Mit der Verschärfung der Krise werden uns die Kapitalisten und ihre Regierungsparteien mehr angreifen und mehr Verschlechterungen aufzwingen. Und sie wissen, dass sie entsprechend mit mehr Wut und Widerstand rechnen müssen – wie es in anderen Ländern bereits der Fall ist.

Die Einschränkung des Versammlungsrechts soll vorausschauend jeden Widerstand erschweren. Dies zu verhindern, liegt in unser aller Interesse!

Würzburg wirft ein Licht auf die kriminelle Sparpolitik in den Psychiatrien

Drei getötete Frauen und fünf schwer Verletzte: Das ist das fürchterliche Ergebnis des Amoklaufes in Würzburg. Und es hätte wohl noch schlimmer geendet, hätten sich nicht junge Männer verschiedener Nationalitäten dem Täter in den Weg gestellt und versucht, ihn aufzuhalten.

Auch mehrere Tage danach ist nicht viel über die Motive des 24jährigen Mannes aus Somalia bekannt, der Anfang 2015 vor Bürgerkrieg und islamistischen Terrorgruppen nach Deutschland geflohen war und zunächst in Chemnitz gewohnt hatte, wo er 2018 Zeuge wurde, wie bei den rechtsradikalen Hetzjagden ein Freund zusammengeschlagen wurde.

Noch immer wird gerätselt, ob auch isla-

mistische Motive mit eine Rolle gespielt haben könnten. Dafür wurden bislang keine Indizien gefunden. Bestätigt ist hingegen, dass der Mann eine schwerwiegende psychiatrische Erkrankung hatte.

Mehrere Wochen lang wurde er wegen psychotischer Wahnvorstellungen in der Psychiatrie behandelt, nachdem er in der Würzburger Obdachlosenunterkunft (in der er mittlerweile lebte) Bewohner und Mitarbeiter mit einem Messer bedroht hatte. Doch dann wurde er wieder entlassen.

Einige Zeit später stieg er plötzlich in ein wildfremdes Auto ein und forderte den Fahrer auf, ihn zur Psychiatrie zu fahren, aus der er aber einen Tag später erneut entlassen wurde... zehn Tage vor sei-

nem Amoklauf. Denn es gibt in dieser Gesellschaft kein Netz von Einrichtungen, das schwer psychisch kranke Menschen begleitet und auffängt – erst recht nicht für Geflüchtete ohne Familie mit unsicherem Aufenthaltsstatus.

Seit in 1970er Jahren die Zahl der Betten in den Psychiatrien drastisch reduziert wurde, werden schwer psychisch Kranke oft schlicht sich selbst überlassen. Viele landen auf der Straße oder in Obdachlosenunterkünften, wo sie unter unwürdigen Bedingungen leben und ihre Krankheit kaum oder gar nicht behandelt wird.

In Würzburg hat diese systematische unterlassene Hilfeleistung der Gesellschaft ein mörderisches Ende gefunden.

24-Stunden-Ausbeutung osteuropäischer Pflegekräfte: Eine Folge des kaputtgesparten Gesundheitswesens

Eine bulgarische Pflegekraft hat vor dem Bundesarbeitsgericht geklagt und gewonnen. Wie Hunderttausende meist osteuropäische Frauen hatte sie in Deutschland mehrere Jahre lang einen alten und pflegebedürftigen Menschen betreut, und zwar 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche und dies monatelang am Stück, ohne Pause. Sie hat mit ihm zusammengewohnt, musste Windeln wechseln, putzen, kochen... All das für 950 Euro im Monat!

Denn die bulgarischen und deutschen Agenturen, die sie in die Haushalte vermittelten, haben ihr nur 30 Stunden die Woche zum Mindestlohn bezahlt – unter dem Vorwand, die übrigen 130 Stunden pro Woche (!) wären „nur“ Bereitschaftszeiten. Nun hat das Gericht entschieden, dass diese Stunden Arbeitszeit sind und bezahlt werden müssen. Die Pflegekraft, die Mut gehabt hatte zu klagen, bekommt 40.000 Euro Lohn nachgezahlt.

Das System der Ausbeutung osteuropäischer Pflegekräfte hat in den letzten Jahren so große Ausmaße angenommen,



24-Stunden-
Pflegekräfte
aus
Osteuropa

SenioPort

Werbung einer Vermittlungsagentur, die die Ausbeutung der Pflegekräfte organisiert

weil viele Menschen ihren oft hilflosen pflegebedürftigen Angehörigen die Zustände in den meisten Pflegeheimen ersparen wollen, in denen die Pflegekräfte nur von einem Zimmer ins nächste hetzen. Die wenigen Pflegeheime, in denen andere Zustände herrschen, sind unbezahlbar. So sind die 24-Stunden-Pflegekräfte oft die einzige Möglichkeit, den Pflegebedürftigen in ihren eigenen vier Wänden eine würdige Versorgung zu gewährleisten. Doch die Würde der

Pflegekraft ist nicht mit eingerechnet.

Damit sich etwas ändert, muss die Gesellschaft eine vernünftige Finanzierung der Pflege der älteren Menschen sicherstellen, statt sie den Angehörigen aufzubürden. Der Staat in einem reichen Land wie Deutschland hätte ausreichend Mittel, um sowohl in den Pflegeheimen als auch in der häuslichen Pflege würdige Zustände für Pflegekräfte und Patienten zu ermöglichen.

Ausbeutung bis zum Abwinken... solange das Etikett stimmt

Ein Hamburger Gericht hat jetzt entschieden, dass ein Wursthersteller „kein Betrieb der Fleischwirtschaft“ sei. Denn dort gäbe es ja auch viele Arbeiten wie Portionieren und Verpacken, Lager- und Reinigungsarbeiten – und die hätten mit Fleischverarbeitung ja nur indirekt zu tun. Nach der Logik wäre BASF auch kein Chemiebetrieb.

Mit dieser (an den Haaren herbeigezogenen) Begründung haben die Richter es dem Wurstfabrikanten erlaubt, auch weiterhin unbegrenzt Subfirmen und Leiharbeiter einzusetzen... denn das ist ja nur in Betrieben der Fleischwirtschaft verboten.

Die Kreativität, mit der die Kapitalisten und ihre „Staatsdiener“ selbst die wenigen Einschränkungen ihrer Ausbeutung umgehen, kennt keine Grenzen – außer die unserer Wut.

Deutsche Truppen raus aus Mali!

Der Selbstmordanschlag, bei dem 12 deutsche und ein belgischer Soldat verletzt wurden, hat zu einer Diskussion über Sinn und Rechtmäßigkeit des Kriegseinsatzes in Mali geführt, an dem unbemerkt von der Öffentlichkeit fast 1.500 Bundeswehrsoldaten beteiligt sind.

2013 hatte der Kriegseinsatz unter der Führung Frankreichs begonnen. Angeblich sollten die islamistischen Terrorgruppen besiegt und das Land stabilisiert werden. In Wahrheit geht es der französischen und deutschen Regierung vor allem darum, dass Malis Regierung stabil genug bleibt, um Flüchtlinge in Richtung Europa aufzuhalten und um die wirtschaftlichen Interessen insbesondere französischer Konzerne in den Nachbarregionen nicht zu gefährden.

Doch nach acht Jahren hat der Kriegseinsatz mit seiner regelmäßigen Ermordung von Zivilisten und dem Hass, den er schürt, nur



zu noch mehr Chaos, islamistischen Anschlägen und nicht zuletzt zu zwei Militärputschs geführt. Umso zynisch ist es daher, wenn SPD-Außenminister Maas und CDU-Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer beteuern, man könne doch wegen ein paar verletzter Soldaten jetzt nicht den Einsatz beenden, schließlich brauche die Bevölkerung in Mali ihren Schutz.

In Afghanistan haben sie mit dieser Begründung 20 Jahre Dauerkrieg geführt, bevor sie nun das Land noch ärmer, noch zerrütteter und mit noch mehr bewaffneten Kriegsbänden zurücklassen, die die Bevölkerung terrorisieren. Und je länger der Kriegseinsatz in Mali dauert, desto mehr wird daraus ein zweites Afghanistan.

Also: Deutsche Truppen raus aus Mali!

Streiks im Einzelhandel: Störungen im System

Im ganzen Land streiken seit mehreren Wochen immer wieder Arbeiterinnen und Arbeiter des Einzel- und Versandhandels: bei Kaufland, Lidl, Ikea, H&M, Saturn, Edeka,...

Seit Beginn der Pandemie halten sie hier den Laden am Laufen – mit entsprechenden Risiken, zusätzlicher Belastung und oft auch noch zusätzlichen Arbeiten. Dank dieser Ausbeutung hat der Einzelhandel trotz Lockdowns noch mehr Gewinn gemacht als vor der Krise. Aber den Arbeitenden wollen die Bosse Lohnerhöhungen verweigern, die auch nur die Preissteigerung ausgleichen!?

Zur Antwort streiken sie nun. Sie fordern 4,5% und 45 Euro mehr Lohn im Monat sowie einen Mindestlohn von 12,50 Euro – und erinnern die Bosse mit ihren Streiks daran, was passiert, wenn die so „systemrelevanten“ Arbeiterinnen und Arbeiter die Nase voll haben – und die Arbeit einstellen.



Pflegereform: Taschenspieler-Trick

CDU und SPD haben groß Wahl-Werbung damit gemacht, dass sie angeblich 1,4 Milliarden Euro pro Jahr mehr in die Altenpflege stecken würden, um die Löhne der Pflegekräfte und die Lage der Pflegebedürftigen zu verbessern.

Doch still und heimlich haben sie gleichzeitig eine für Juli geplante Erhöhung des Pflegebudgets um 1,8 Milliarden Euro, mit der die gestiegenen Preise der letzten beiden Jahre ausgeglichen werden sollten, gestrichen. In Wahrheit hat die Regierung das Budget für die Altenpflege also sogar um 400 Millionen Euro verringert!

So sehen „Verbesserungen“ aus, die sie uns freiwillig geben. Für echte Verbesserungen werden wir selber kämpfen müssen.

Miami: Ein Einsturz mit Ansage

Noch immer weiß niemand, wie viele Menschen letztlich bei dem spektakulären Einsturz des Hochhauses in Florida vor einer Woche ums Leben gekommen sind. 18 Tote sind bereits geborgen, doch fast 150 Bewohner sind noch immer vermisst.

Unter den Angehörigen und der Bevölkerung wächst unterdessen die Wut, seit bekannt wurde, dass ein Gutachten schon 2018 „große strukturelle Schäden“ sowie Risse und Abbröckelungen im Keller des Hochhauses festgestellt hatte. Doch weder wurden die Bewohner darüber informiert, noch wurden irgendwelche Sanierungsmaßnahmen unternommen.

Wie in so vielen anderen Bereichen hat am Ende die Gier nach Profit entschieden – und getötet.

Lufthansa: Staatlich geförderte Niedriglöhne

In den letzten Monaten hat die Lufthansa tausende Arbeitende entlassen – mit dem Argument, wegen der Krise gäbe es langfristig keine Arbeit mehr für sie. Nun hat sie ganz plötzlich einem bedeutenden Teil von ihnen „angeboten“, sich bei der neuen Lufthansa-Tochterfirma Ocean zu bewerben. Mit dem „kleinen“ Haken, dass sie bei Ocean deutlich weniger Lohn und teilweise nur 70%-Stellen bekommen. Eine Flugbegleiterin, die vorher 2.500 Euro brutto verdient hat, soll dann nur noch 1.700 Euro verdienen!

Das ist die sogenannte Arbeitsplatz-Rettung, für die die Lufthansa 9 Milliarden Euro vom Staat kassiert hat. Und das Sahnehäubchen: Die Gründung dieser Tochterfirma mit Niedriglöhnen war schon vor Corona geplant.

CDU: Weniger Steuern für Reiche

CDU und CSU haben ihr Wahlprogramm veröffentlicht. Eines ihrer zentralen Wahlversprechen: Sie wollen die Steuern auf Profite noch weiter senken. Außerdem sollen die 10% Reichsten... weniger Steuern zahlen! Um ganze 5,5 Prozentpunkte soll ihre Einkommenssteuer sinken.

Den Kapitalisten, die in der Pandemie durch noch mehr Ausbeutung und Staatsgeschenke noch reicher geworden sind, weitere Steuern schenken – während die einfache Bevölkerung die Kosten der Krise bezahlen soll: Das planen die CDU und weniger offen auch die anderen herrschenden Parteien. Planen wir unseren Widerstand!

Dreifache Ausbeutung, einfacher Lohn

Seit 2013 ist die Zahl der Arbeitenden, die mehr als einen Job machen müssen, um 25% gestiegen. Zum einen, weil immer mehr Vollzeitjobs so schlecht bezahlt werden, dass man von ihnen nicht leben kann. Vor allem jedoch, weil immer mehr Unternehmen aus Profitinteresse nur noch Teilzeit-Stellen vergeben.

Über 3,5 Millionen Arbeitende – vor allem Frauen – müssen so mehrere Arbeitsstellen unter einen Hut bringen: Sie arbeiten vormittags und abends, unter der Woche und am Wochenende. Sie müssen ständig aufpassen, dass sich die Arbeitszeiten der verschiedenen Stellen nicht überschneiden und bekommen teilweise nicht in beiden Jobs gleichzeitig Urlaub. Und sie verdienen damit oft immer noch weniger Geld als bei einer durchschnittlichen Vollzeitstelle!

Um diese doppelte und dreifache Ausbeutung zu stoppen, brauchen wir einen Monats-Mindestlohn: 1.800 Euro netto für jeden – egal, ob man Voll- oder Teilzeit arbeitet!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!